
Die FDJ im Kreislauf von Krise und Reform – Jugendpolitik als Konfliktfeld von Herrschaft und Gesellschaft in der DDR

Peter Skyba



Dr. Peter Skyba, geboren 1961 in Memmingen, Historiker mit Spezialgebiet Zeitgeschichte. Promotion an der Ludwig-Maximilians-Universität München 1997, anschließend wissenschaftlicher Mitarbeiter u. a. am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung an der TU Dresden und am Institut

für Zeitgeschichte München – Berlin. Als freiberuflicher Historiker Forschungen zur deutsch-deutschen Zeitgeschichte und wissenschaftliche Leitung einer transnationalen Ausstellung zur Friedlichen Revolution in Ostmitteleuropa. Zahlreiche Publikationen zur Geschichte der DDR als Autor und Herausgeber. Gegenwärtig Arbeit an einer Biografie zu Wolfgang Ullmann, die 2016 erscheint.

Abstract

Being a mass youth organisation, the FDJ was a part of the institutional organisation of the GDR and thus an actor in the tension area between rulership and society of the SED dictatorship. The contribution provides a macro-analysis of the critical development of the association until the mid-1960s, with a focus on the success and deficits of the attempts of implementing the guidelines set by the SED leadership among the target group of youths in the GDR. In particular it asks about the unintended side-effects of these processes, to then sketch some arrangements resulting from the conflicts and existing until the end of the GDR.

Zehn Jahre nach ihrer Gründung war die Freie Deutsche Jugend (FDJ) gescheitert. Der Jugendverband war in der Tauwetterkrise des Ostblocks, die im ungarischen Aufstand und dessen gewaltsamer Niederschlagung 1956 ihren Höhepunkt erreicht hatte, in rapide Auflösung übergegangen. Die Hälfte der Leitungsstrukturen existierte nur noch auf dem Papier. In den Karteien waren zwar noch etwa eine Million Mitglieder registriert, deren übergroße Mehrheit hielt sich aber vom Verband fern, während vielerorts die Rufe nach anderen Jugendverbänden als Alternative zur Monopolorganisation FDJ lauter wurden. Die FDJ war nicht unter dem Druck von politischem Protest oder Widerstand zusammengebrochen, vielmehr hatte das Versagen ihrer institutionellen Grundkonstruktion in der SED-Diktatur wesentlich zum Kollaps beigetragen. Krisensymptome in der Massenorganisation, die nur einen begrenzten Teil der jugendlichen Massen nach den Vorgaben der Partei mobilisieren konnte, waren seit 1952 intern oftmals kritisiert und Reformen verlangt worden. 1956 aber hielten

die Spitzenkader der FDJ und mit dem Thema befasste SED-Funktionäre eine Reform des Monopolverbands für die gesamte Jugend der DDR für aussichtslos.

Die erste Sitzung einer vom Zentralkomitee als Reaktion auf den faktischen Zusammenbruch der FDJ-Arbeit installierten Jugendkommission wurde im Dezember 1956 zum Scherbengericht, bei dem sich zugleich die Frustration und die völlige Ratlosigkeit der beteiligten Funktionäre Bahn brachen. Es herrschte nahezu Konsens darüber, dass die Organisationsform der FDJ, die zum Spagat zwischen einer an die Masse gerichteten Breitenarbeit einerseits und zur Konzentration der Aufgaben auf die politische Avantgarde in der Arbeiterjugend zwang, nicht mehr tragfähig sei. Selbst Erich Honecker, inzwischen Sicherheitschef des ZK, der als FDJ-Chef von 1946 bis 1955 maßgeblichen Anteil daran hatte, im Parteiauftrag den Einheitsverband gegen den Widerstand nahezu aller politischen und gesellschaftlichen Gruppen außerhalb der KPD/SED durchzusetzen, hielt das Konzept für überlebt: Die „Losung der Einigung der Jugend zu einer geschlossenen Kraft“, mit der es gelungen sei, „bestimmte reaktionäre Kräfte von der Jugend abzudrängen“, sei „heute doch zu einer leeren Phrase geworden“.¹ Weitere Rednerinnen und Redner diskutierten die Vorzüge und Nachteile anderer Organisationsformen der Jugendarbeit von Parteijugendverbänden über Dachverbände für verschiedene Organisationen und Jugendausschüsse, ohne Präferenzen erkennen zu lassen. Für den Erhalt des Einheitsverbands mit Monopolcharakter aber plädierten nur wenige der aktiven oder ehemaligen Jugendfunktionäre, die alle das SED-Parteibuch besaßen. Erkennbar wurde, dass die Kader selbst keine Gründe für den Erhalt der überkommenen Form der Jugendarbeit angeben konnten. Wolfgang Steinke, der nur wegen seiner NS-belasteten Biografie nicht Honeckers Nachfolger geworden war und jetzt hinter dem blassen Karl Namokel der eigentliche starke Mann der FDJ, konstatierte, selbst die FDJ-Funktionäre wüssten schlichtweg nicht, „wie sie es jetzt plausibel machen sollen, wozu die FDJ für die Jugend eigentlich notwendig ist und was das Gemeinsame ist zwischen dem Verband und den Interessen, die die Jugendlichen auf der Straße haben“.² Andere Diskussionsteilnehmer ließen – wie Konrad Naumann, 1. FDJ-Sekretär im Bezirk Frankfurt (Oder) – Verständnis für die Aversion vieler Jugendlicher gegen die FDJ erkennen: „Manchmal ist es so in der FDJ, dass die Jugendlichen in jedem Moment spüren, dass sie erzogen werden. Das ist schrecklich. In dem Moment, wo ich merke, dass ich belehrt werde und erzogen werden muss, habe ich keinen Appetit mehr und sage: Ich haue hier ab.“³ Dass sich in dieser Sitzung trotz aller Kritik der Funktionäre an Konzept und Praxis der Einheitsorganisation keine Position für deren Zerschla-

1 Protokoll der Sitzung der Jugendkommission des ZK vom 10.12.1956 (SAPMO-BArch, DY 30/ IV/2/1.01/315, Bl. 1–109), zit. Bl. 77 f.

2 Ebd., zit. Bl. 29.

3 Ebd., zit. Bl. 16.

gung oder Umwandlung verfestigen konnte, lag allein an der von vielen geteilten Befürchtung, dass die SED bei einer modifizierten Konstellation die Kontrolle über große Teile der Jugend völlig entgleiten würde und andere gesellschaftliche und politische Kräfte das Vakuum füllen würden. Die FDJ blieb daher bis zum Ende der DDR eine Schnittstelle von diktatorischer Herrschaft und Gesellschaft.

Dieser Beitrag zeichnet Grundlinien der Jugendpolitik der SED und der Entwicklung der FDJ als dem wichtigsten jugendpolitischen Instrument des Partei-regimes nach. Er versteht sich als Beitrag zum viel und mit unterschiedlichen Perspektiven diskutierten Verhältnis von Diktatur und Gesellschaft in der DDR. Zugrunde liegt eine Interpretation dieser Beziehung, die davon ausgeht, dass auch in der Parteidiktatur, ob als totalitär qualifiziert oder nicht, trotz prinzipiell unlimitiertem Herrschaftsanspruch unter den Bedingungen einer gleichgeschalteten Institutionenordnung und trotz der ihr mit politischer Justiz und Geheim-polizei zur Verfügung stehenden Gewalt in der Herrschaftsdurchsetzung nicht unbegrenzt ist. Zur Integration oder wenigstens zur Pazifizierung gesellschaftlicher Gruppen sind auch Diktaturen darauf angewiesen, deren Bedürfnissen und Wünschen mehr oder weniger Rechnung zu tragen. Das Beispiel der Sozial- und Konsumpolitik der DDR zeigt deutlich, wie sehr das Regime sich dem Druck der Gesellschaft zu beugen bereit war, selbst wenn dadurch Fundamente ihrer Herrschaft langfristig unterspült wurden. Obwohl der SED-Spitze bereits Ende der 1970er-Jahre durchaus klar war, dass die Sozial- und Einkommenspolitik unter den internationalen und den binnenökonomischen Rahmenbedingungen die DDR-Wirtschaft nicht nur überforderte, sondern absehbar in den Crash treiben würde, lehnte sie wiederholt Vorschläge für einen Kurswechsel ab, weil sie den Zorn der Bevölkerung fürchtete. Beispielsweise scheiterten konkrete Pläne für Subventionskürzungen und Preiserhöhungen, deren ökonomische Notwendigkeit unbestritten geblieben war, an der Befürchtung Erich Honeckers, bei deren Einführung könne „gleich das Politbüro zurücktreten und die Regierung auch“.⁴

Diese passive Macht von Gesellschaft findet ihren Ausdruck in der Regel nicht in politischer Opposition, Protest und Widerstand, sondern vor allem in unterschiedlichen Formen von Passivität, Verweigerung und Ausweichbewegungen, die das Setting in der Diktatur dysfunktional werden lassen und zunächst deren Legitimitätsbehauptungen infrage stellten. Im Folgenden soll anhand der Jugend-politik und der FDJ im Längsschnitt von 1949 bis 1989 dieses Spannungsfeld

4 Notizen zur Beratung des Politbüros des Zentralkomitees der SED zum Planentwurf am 27.11.1979, ohne Verfasser (vermutlich Heinz Klopfer; BArch Berlin DE 1/VA 56296, Bl. 434–456), zit. Bl. 436; vgl. auch Peter Skyba, *Gesellschaftliche Strukturen und sozialpolitische Handlungsfelder 1971–1981*. In: Christoph Boyer/Klaus-Dietmar Henke/Peter Skyba (Hg.), *Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland*, Band 10. 1971–1989 Deutsche Demokratische Republik. *Bewegung in der Sozialpolitik, Erstarrung und Niedergang*, Baden-Baden 2008, S. 70–115, bes. 107–115 und Andreas Malycha, *Der „Konsumsozialismus“ der Honecker-Ära und der Eklat um die Erhöhung der Verbraucherpreise im Herbst 1979*. In: *Deutschland Archiv*, 45 (2012), S. 305–318.

von politischer Integration und Steuerung gesellschaftlicher Gruppen und der passiven Macht dieser Gruppen in der Diktatur skizziert werden. Die Zeit bis Mitte der 1960er-Jahre verdient dabei besondere Aufmerksamkeit, weil sich bis zum Mauerbau Konflikt- und Verhaltensmuster etablierten, die in unterschiedlichen Arrangements bis zum Mauerfall Bestand hatten.

I. Ideologisierung und Militarisierung der FDJ

1950 war die Formierungsphase der 1946 gegründeten FDJ im Wesentlichen abgeschlossen. Das Konzept des formal selbstständigen und unabhängigen Verbands nahm diverse Anleihen bis zurück zur sozialistischen Arbeiterjugendbewegung im Kaiserreich, des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands (KJVD) der Weimarer Republik, der kommunistischen Einheits- und Volksfrontpolitik der 1930er-Jahre auf Jugendebene und am Rande auch der kleinen Exilverbände deutscher Jugendlicher in Prag und England. Für das Prinzip der Einheitsorganisation mit Monopolstatus stand der 1918 gegründete Komsomol der Sowjetunion Pate. Mit entscheidender Unterstützung der SMAD hatte die SED das Konzept der Einheitsjugendorganisation, das innerparteilich zunächst ausschließlich von den aus Moskau zurückgekehrten kommunistischen Emigranten vertreten worden war, in der DDR durchgesetzt.⁵ Die Bestrebungen in Blockparteien, Kirchen und anderen Organisationen wie etwa den Gewerkschaften, eigene Jugendverbände zu etablieren, wurden unter dem Druck der Besatzungsmacht, die auch vor Verhaftungen nicht zurückschreckte, aufgegeben. Obgleich kommunistische Kräfte von Beginn an die Leitungen der FDJ in der Berliner Zentrale, den Ländern und den Kreisen beherrschten, sollte der Verband unter dem Schlagwort der „Überparteilichkeit“ am „antifaschistischen“ Neuaufbau im Nachkriegsdeutschland mitwirken. Veranstaltungen wie das „Deutschlandtreffen der Jugend“ im Mai 1950 mit einer sorgfältig inszenierten Demonstration mit mehreren Hunderttausend Jugendlichen wurden in Ost und West als aktive Zustimmung zur Staats- und Parteiführung der DDR und ihrem politischen Kurs im Kalten Krieg interpretiert. Tatsächlich führte die FDJ zu diesem Zeitpunkt mehr als eine Million Heranwachsende, mehr als ein Drittel der Zielgruppe der 14- bis 25-Jährigen in ihren Karteien, und die gemeldeten Zahlen stiegen durch massive Werbung weiter steil an. Der organisatorische Aufbau konnte mit dem rasanten Wachstum allerdings nicht Schritt halten. Der Verband verfügte kaum über effektive Strukturen, die z. B. fähig gewesen wären, Führungsbeschlüsse mit den Mitgliedern umzusetzen oder auch nur deren Inhalt nachhaltig an die

5 Vgl. Ulrich Mählert, *Die Freie Deutsche Jugend 1945–1949. Von den „Antifaschistischen Jugendausschüssen“ zur SED-Massenorganisation. Die Erfassung der Jugend in der Sowjetischen Besatzungszone*, Paderborn 1995.

Basis zu vermitteln. Sofern regelmäßig Gruppenzusammenkünfte stattfanden, hing für viele Blauhemden der Charakter der FDJ stärker von der Prioritätenliste der eigenen Gruppenleitung ab als von den Vorgaben der Berliner Verbandsspitze. Die Aktivitäten der FDJ-Gruppen in Wohngebieten, Betrieben, Schulen und Universitäten waren ebenso heterogen wie die Erfahrungen, welche die Mitglieder mit dem Verband machten und die deren Erinnerung bis heute prägen.

Die im Mitgliederwachstum der FDJ und in Großveranstaltungen erkennbaren Erfolge ihrer Jugendpolitik ließen in der SED-Spitze die Überzeugung wachsen, im Unterschied zu den älteren Kohorten große Teile der Jugend der DDR für sich gewonnen zu haben. Unter Ausblendung des extrem labilen inneren Organisationsaufbaus leitete sie in dieser Annahme einen jugendpolitischen Kurswechsel ein.⁶ Zunächst entkleidete sie die FDJ ihrer Rolle als einer Organisation, die sich für die spezifischen Rechte, Interessen und Belange von Heranwachsenden in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft einzusetzen versprach. Das auf einem sowjetischen Entwurf basierende erste Jugendgesetz der DDR vom Februar 1950 verwies Jugendförderung in der Freizeit wie in der Arbeitswelt in den Aufgabenbereich von Kommunen und staatlichen Behörden.⁷ Die Einheitspartei hatte in orthodox-kommunistischer Interpretation den Jugendverband zwar als Massenorganisation stets instrumentell zur Unterstützung ihrer Ziele in Politik und Ökonomie eingesetzt; in den ersten Jahren hatte sich die FDJ daneben aber programmatisch und mit unterschiedlicher Intensität in der Basisarbeit auch als Interessenvertretung der Jugendlichen zu profilieren versucht. Ihr Gründungsprogramm „Grundrechte der jungen Generation“ von 1946 war dezidiert unter dem Aspekt konzipiert worden, die FDJ quasi als Gewerkschaft für Heranwachsende attraktiv zu machen und ihr damit zum Durchbruch zu verhelfen. Mit dem Jugendgesetz wurden der FDJ nunmehr gerade die Tätigkeitsfelder entzogen, die für viele Jugendliche einen wesentlichen Vorzug des Verbands ausmachten und einen Grund für die Mitgliedschaft bildeten.

Die SED-Führung setzte nunmehr andere Prioritäten und dekretierte: „Die Hauptarbeit in der FDJ ist auf die ideologische Arbeit zu legen.“⁸ Dahinter stand nicht weniger als der Versuch, Funktionäre und Mitglieder der FDJ in einem ähnlichen Schulungssystem zu indoktrinieren, wie es die SED mit dem „Parteilehrjahr“ zeitgleich für die Genossen aufbaute. Im sogenannten Schuljahr konfrontierte die FDJ ab Januar 1951 ihre gesamte Klientel mit der Vorgabe, sich nicht nur in den „Lehren von Marx, Engels, Lenin und Stalin“, also in den jeweils gültigen Parteidogmen, unterweisen zu lassen, sondern auch regelmäßig an

6 Vgl. zum Folgenden Peter Skyba, Vom Hoffnungsträger zum Sicherheitsrisiko. Jugend in der DDR und Jugendpolitik der SED 1949–1961, Köln 2000.

7 Vgl. Gesetz über die Teilnahme der Jugend am Aufbau der Deutschen Demokratischen Republik und die Förderung der Jugend in Schule und Beruf, bei Sport und Erholung. Gbl. der DDR 1950, S. 95–99.

8 Protokoll der Politbürositzung vom 30.5.1950 (SAPMO-BArch, DY 30/J IV/2/2/91).

Schulungen teilzunehmen, in denen die aktuelle innenpolitische Propaganda der SED ebenso auf der Tagesordnung stand wie ihre radikalisierten Positionen in der innerdeutschen Auseinandersetzung und in der zugespitzten Ost-West-Konfrontation im Kalten Krieg. Je nach politischen Vorkenntnissen sollten die Jugendlichen in unterschiedliche Schulungszirkel eingruppiert werden und ihre Kenntnisse am Ende des Schuljahrs in Prüfungen unter Beweis stellen.

Dass die Kampagne, immerhin der einzigartige Versuch, eine ganze Bevölkerungsgruppe außerhalb der SED systematisch ideologisch und politisch zu indoktrinieren, wohl auf erhebliche Ablehnung stoßen würde, war der Führung bewusst. Walter Ulbricht, der in der Jugendpolitik wie in anderen Politikfeldern die Zügel persönlich in der Hand zu halten versuchte, dekretierte, die Kampagne bis zu den Volkskammerwahlen vom Oktober 1950, die erstmals mit der weithin missbilligten Einheitsliste abgehalten wurden, intern ohne Aufsehen vorzubereiten.

Auch wenn die Parteispitze negative Reaktionen befürchtete, unterschätze sie dennoch völlig die Brisanz des jugendpolitischen Kurswechsels, mit dem sich der Charakter der FDJ in der Wahrnehmung ihrer Zielgruppe drastisch wandelte. Von der SED unter Druck gesetzt, konzentrierten sich die meist mit unerfahrenen Funktionären besetzten, labilen Leitungen des schnell gewachsenen Verbands fast vollständig auf die Organisation des Schuljahrs, waren aber dennoch mit der Aufgabe schnell überfordert, die mit großer Verve propagierte Kampagne mit einer funktionsfähigen Arbeitsstruktur zu unterfüttern. Es mangelte vielerorts an Schulungsmaterial ebenso wie an Dozenten. Wegen der Fokussierung auf die politische Indoktrination ihrer Mitglieder verödeten viele andere Tätigkeitsfelder der FDJ, darunter die organisierte Freizeitgestaltung.

Während 1952 das 2. FDJ-Schuljahr lief, in dem unter anderem auch der Personenkult um Stalin auf die Spitze getrieben wurde und das Propagandawerk des sowjetischen Diktators „Geschichte der KPdSU(B), Kurzer Lehrgang“ ausführlich behandelt werden sollte, mutete die Parteiführung dem Jugendverband eine weitere Belastung zu. Über eine Besprechung Stalins mit der SED-Spitze am 1. April 1952 notierte Staatspräsident Wilhelm Pieck: „FDJ muss schießen lernen.“⁹ Nach der westlichen Ablehnung der deutschlandpolitischen Initiative der Sowjetunion mit den bis heute unterschiedlich interpretierten „Stalinnoten“ und der sich abzeichnenden Westintegration der Bundesrepublik ging die DDR auf Weisung Moskaus zur rasanten Aufrüstung über, bei der dem Jugendverband zentrale Aufgaben zugewiesen wurden. Auf Weisung der Staatspartei übernahm die FDJ die schrill-aggressive Propaganda der SED, die die Aufrüstung in der DDR mit einer Bedrohung durch den angeblich kriegslüsternden Westen rechtfertigte, und begann in „Schießzirkeln“ mit der paramilitärischen Ausbildung von Mitgliedern am Kleinkalibergewehr. Wichtiger und folgenreicher war, dass

9 Rolf Badstübner/Winfried Loth (Hg), Wilhelm Pieck – Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik, Berlin 1994, S. 395 f., Zitat S. 396.

der Jugendorganisation eine zentrale Rolle bei der Rekrutierung von Soldaten für die hektisch auf- und ausgebauten militärischen Einheiten der Kasernierten Volkspolizei (KVP) zugewiesen wurde. Die KVP benötigte mangels Wehrpflicht Freiwillige, und die FDJ hatte ab Juni 1952 nach vorgegebenen Sollzahlen monatlich zwischen 36 000 und 41 000 Jugendliche für den Dienst an der Waffe zu rekrutieren.

Die FDJ hatte zu keiner Zeit pazifistische Positionen vertreten, sich aber in ihren ersten Jahren deutlich antimilitaristisch positioniert. Die unbedingte Parteinahme für die Aufrüstung in der DDR und die teilweise grotesk überzeichnete Propaganda gegen den Westen, in dem ein neuer Krieg vorbereitet würde, verstanden viele Jugendliche 1952 als Bruch mit den Schlagworten Frieden und Völkerverständigung, die bis dahin die öffentlichen Äußerungen der FDJ beherrscht hatten. Dies umso mehr, als viele Heranwachsende in der Bundesrepublik keineswegs einen feindlich-fremden Staat, sondern einen Teil des zeitweise getrennten Deutschlands sahen, den Schwenk daher nicht nachvollziehen konnten und sich von den neuen Propagandatönen abgestoßen fühlten. Das verbandsinterne Berichtswesen rapportierte in seltener Deutlichkeit den Knall, den die Militarisierung der Jugendpolitik auslöste: „Starke ideologische Auseinandersetzungen“ beschränkten sich nicht auf die Mitglieder, sondern erfassten das eigene Funktionärskorps genauso wie die nicht organisierten Jugendlichen und die ältere Bevölkerung.¹⁰ Konfrontiert mit einer fast flächendeckenden Ablehnung des „freiwilligen“ Dienstes in der KVP, griffen die Werbekommissionen der FDJ zu immer brutaleren Mitteln. Verbreitete Methoden gegen die individuelle Wehrunwilligkeit wie Drohungen – etwa mit dem Arbeitsplatzverlust – und Zermürbungstaktiken, z. B. durch bis zu 15-fach wiederholte Einvernahmen potenzieller Kandidaten, wurden in der Zentrale kritisch registriert.

Gemessen an den ambitionierten Zielvorgaben hatten die ideologische Offensive der FDJ, die Militarisierung des Verbands und die Rekrutierungskampagne für die Streitkräfte in der DDR allenfalls sehr bescheidene Erfolge. Wegen der von der SED-Spitze wiederholt scharf kritisierten, völlig unzulänglichen Vorbereitung und Organisation des Schulungssystems, vor allem aber wegen des in der jugendlichen Bevölkerung vorherrschenden Unwillens, sich politisch und ideologisch indoktrinieren zu lassen, konnte die FDJ nur einen Bruchteil der Mitglieder in den Zirkeln erfassen, von denen wiederum nur ein kleiner Prozentsatz regelmäßig an den Schulungen teilnahm. Hinter der Verweigerung standen durchaus unterschiedliche persönliche, politische oder weltanschaulich-religiöse Beweggründe, die Jugendlichen machten den FDJ-Funktionären aber oftmals kurz und knapp klar, „keine Kommunisten werden“ zu wollen.¹¹ Und

10 Abt. Verbandsorgane des FDJ-Zentralrats, Information Nr. 41, 18.6.1952 (SAPMO-BArch, DY 24, 3832, ohne Paginierung).

11 Argumentenliste zum 2. Schuljahr, ohne Verfasser (vermutlich Abt. Org.-Instruktoren des FDJ-Zentralrats), 11.1.1952 (SAPMO-BArch, DY 24, 3818, ohne Paginierung).

mit der Soldatenrekrutierung stieß die FDJ nach eigener Feststellung nahezu flächendeckend auf eine ebenfalls aus verschiedenen Motiven gespeiste „Ohne-uns-Bewegung“, die die Sollzahlen schnell zur Illusion werden ließen.¹² Aufgrund dieser Verweigerungshaltung, die bis in den Funktionärskörper reichte, konnte der Jugendverband bis zum Herbst 1952 nicht mehr als ein gutes Viertel der von ihm geforderten „Freiwilligen“ für die KVP stellen.

In scharfem Kontrast zu den geringen Erfolgen standen die geradezu verheerenden Kollateralschäden der Kampagnen, mit denen die FDJ ab 1950 als Repräsentantin des SED-Regimes auftrat und ihre Klientel mit einigen der unpopulärsten Projekte der Parteidiktatur konfrontierte. Bis dahin hatte sich die FDJ in der SBZ immer in einer Doppelrolle präsentiert und neben ihrer Unterstützung der Vorhaben der SED zugleich auch reklamiert, für Interessen und Belange der Jugendlichen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft einzutreten. Der letzte Aspekt verschwand ab 1950 völlig aus der Selbstdarstellung. Stattdessen erhob die Organisation einen umfassenden politisch-ideologischen Erziehungsanspruch gegenüber allen Jugendlichen und nötigte zudem ihre Klientel zu persönlichen Opfern, Engagement und sogar zum Waffendienst für das weithin ungeliebte Regime. Der Einschnitt war umso drastischer, als der rasch zur Millionengröße gewachsene, aber strukturell noch völlig ungefestigte Verband unter dem Druck der SED seine beschränkten Ressourcen auf Schulung und Soldatenwerbung konzentrierte und andere Bereiche, wie etwa Freizeitgestaltung durch Interessengruppen oder Sport in den Gruppen, an der Basis austrocknete. In dieser Situation scheiterte die FDJ nicht nur daran, die bis dahin neu eingetretenen Jugendlichen in den Verband zu integrieren, sie verlor durch Austritt oder stillen Rückzug einen Großteil ihrer Mitglieder. Der Brief einer FDJlerin aus Halle steht für die Haltung Hunderttausender: „Ich bin seit 1947 Mitglied unserer Freien Jugend und arbeitete in den ersten Jahren auch aktiv mit. Doch dann, ungefähr seit dem Deutschlandtreffen, war in unserer Gruppe nicht mehr viel von Jugendarbeit zu spüren. Ich blieb den Heimabenden deshalb fern. Seit dieser Zeit verlor ich den Kontakt mit der Gruppe.“¹³ Jugendliche mieden zunehmend die Gruppenabende, nicht nur weil sie vom Angebot gelangweilt waren, sondern auch, weil sie schlicht befürchten mussten, zur Teilnahme an den politischen Schulungen gedrängt oder zur Verpflichtungserklärung für die KVP genötigt zu werden. Binnen Kurzem hatte die FDJ in der Perzeption der Mehrheit ihrer Klientel einen Charakterwandel durchgemacht, hin zu einer politischen Organisation, in der kein Raum für Interessen und Belange ihrer Zielgruppe blieb: Versuche, junge Menschen für Aktivitäten der FDJ gleich welcher Art anzusprechen, stießen häufig auf die Reaktion: „Mit der FDJ ist bei uns nichts zu machen, wir wollen nichts von Politik wissen.“

12 Abt. Verbandsorgane des FDJ-Zentralrats, Information Nr. 41, 18.6.1952 (SAPMO-BArch, DY 24, 3832, ohne Paginierung).

13 Protokoll der Tagung des FDJ-Zentralrats, 6./7.12.1951 (SAPMO-BArch, DY 24, 2143, ohne Paginierung).

Die Erosion durch stillen Rückzug der Masse der Mitglieder – Anfang 1952 entrichtete nur noch ein Viertel Mitgliedsbeiträge – und durch individuelle und kollektive Austritte setzte sich in den Verbandsstrukturen fort, wo viele Leitungen arbeitsunfähig wurden oder ganz unbesetzt waren. Und diejenigen, die sich nicht einfach von der FDJ abwenden konnten, weil Bildungschancen zunehmend von der Mitgliedschaft im Verband abhingen, sammelten sich mehr und mehr in anderen Zusammenhängen. Die „Junge Gemeinde“, die Jugendarbeit in evangelischen Gemeinden ohne feste Organisationsform leistete, hatte wachsenden Zulauf nicht nur von gläubigen Jugendlichen, sondern wurde vielerorts auch ein Sammelbecken für Heranwachsende, die sich dem Zugriff der FDJ am Arbeitsplatz oder in Schule und Universität nicht entziehen konnten und nun in der Abwehr des politischen Anpassungsdrucks Austausch und Gemeinschaft mit Gleichgesinnten suchten.¹⁴ Gerade Oberschüler, deren Weg zum Abitur und an die Universität zunehmend von der Mitgliedschaft im Jugendverband und von der Verpflichtung zur KVP für die Zeit nach dem Schulabschluss abhingen und die daher fast alle ein FDJ-Mitgliedsbuch besaßen, fanden sich unter dem Dach der Kirchen zusammen. An manchen Oberschulen beteiligten sich 70 Prozent der Schüler an der Jungen Gemeinde, und in dieser Situation witterten Funktionäre von FDJ und SED organisierte Opposition und Konkurrenz für den Verband mit seiner Monopolstellung.

Schon 1952 war die Jugendpolitik in der DDR unverkennbar an Grenzen gestoßen. Zwar verfügte das SED-Regime mit der FDJ über das Monopol in der Jugendarbeit und hatte gerade in der stalinistischen Hochphase der sozialistischen Diktaturen mit politischer Justiz und Geheimpolizei Repressionsinstrumente zur Verfügung, gleichwohl lief die FDJ auch unter diesen Bedingungen Gefahr zu scheitern, wenn sie völlig abgekoppelt von Bedürfnissen und Interessen der Zielgruppe agierte. Sie konnte ihre von der SED definierten Ziele bei Weitem nicht in erwartetem Umfang erreichen und litt an innerer Erosion. Und die Jugendlichen begannen, sich informell außerhalb des Verbands zusammenzufinden und eigenständig Interessen und auch oppositionelle Positionen zu formulieren.

Der rapide Verlust des Masseneinflusses der FDJ und die sich ausbreitende klare Frontstellung eines erheblichen Teils der Jugend gegen ihre Aktionen lösten in der SED erhebliche Besorgnis aus. Bereits im Februar 1952 war die Krise der FDJ Tagesordnungspunkt eines ZK-Plenums, verlangte der Beschluss unter dem Rubrum „frohes Jugendleben“, zusätzlich zu den politischen Aufgaben auch die organisierte Freizeitgestaltung in der FDJ auszubauen, um den Kontakt zu den Jugendlichen zu intensivieren. Hier hatte sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass die FDJ trotz ihrer Monopolstellung wenig Wirkung entfalten konnte, wenn sie nicht zumindest einigen Interessen der Zielgruppe entgegenkam. In dieser heißen Phase des Kalten Kriegs, unter vielfacher Steuerung der Sowjetunion in

14 Vgl. Skyba, *Hoffnungsträger*, S. 208–233; Ellen Ueberschär, *Junge Gemeinde im Konflikt. Evangelische Jugendarbeit in SBZ und DDR 1945–1961*, Stuttgart 2003.

den letzten Lebensjahren Stalins und unter den in der Nachkriegszeit dominierenden Vorstellungen aus der Weimarer Republik über sozialistische Jugendarbeit, war aber kein Spielraum für selbstkritische Problemanalyse und innovative Problemlösungen. Im Gegenteil, die SED trieb die FDJ in weitere Konfrontation mit ihrer Zielgruppe. Zu einem noch intensivierten politisch-ideologischen Erziehungsauftrag traten ab Sommer 1952 weitere Aktionen, mit denen sich der Jugendverband unvermeidlich in Gegensatz zur Masse der Jugendlichen brachte. Neben der Soldatenrekrutierung wurde der Jugendverband zum Träger eines eng mit sowjetischen Stellen abgestimmten Arbeitsdienstes „Dienst für Deutschland“, der Infrastruktur für die KVP errichten sollte. Wegen katastrophaler Mängel in den eilends von und für Jugendliche errichteten Zeltlagern und chaotischer Organisation wurde der Arbeitsdienst Anfang 1953 aufgelöst. Vor dem Hintergrund eines aggressiv antikirchlichen Kurses versuchte zu dieser Zeit die SED, die als illegale politische Organisation diffamierte Junge Gemeinde auszuschalten und sich damit eines möglichen Kristallisationskerns für oppositionelle Positionen neben der FDJ zu entledigen. FDJ-Funktionäre sollten vor allem in den Oberschulen selbst die Auseinandersetzungen mit Anhängern der Jungen Gemeinde führen und diese aus dem Verband ausschließen, was dann in der Regel deren Relegation von der Schule nach sich zog. Diese als „Liquidierung der Jungen Gemeinde“ apostrophierte Aktion, die zu scharfen Konflikten an den Schulen führte, musste im Zuge des Neuen Kurses abgebrochen werden. Dort und im Juniaufstand fand auch die ultimative Krisenstrategie dieser Phase ihr stilles Ende: Unter Ausblendung der realen Möglichkeiten der Jugendorganisation sollte die FDJ in der ersten Jahreshälfte 1953 nahezu parallel zur „Parteisäuberung“ in der SED einer als „Umtausch der Mitgliedsbücher“ getarnten Verbandsäuberung unterzogen werden mit dem Ziel, unter anderem alle als „feindlich“ gebrandmarkten Mitglieder auszuschließen, den Verband ideologisch auf Linie zu bringen und zu einer schlagkräftigen, monolithischen Organisation zu formen. Bereits der Anlauf der Säuberung offenbarte, dass schon die organisatorische Vorbereitung die FDJ völlig überforderte und sie auch keinen Zugriff auf die übergroße Mehrheit der Jugendlichen hatte, die formal als Mitglied geführt wurden. Dass die Säuberung und die versuchte Unterdrückung der Jungen Gemeinde mit dem Neuen Kurs abgebrochen wurden, besserte die Situation in der aufgeheizten Stimmung vor dem Juniaufstand nicht mehr.

Die weit über dem Anteil der jugendlichen Altersgruppen an der Bevölkerung liegende Beteiligung von Heranwachsenden – mit oder ohne FDJ-Mitgliedsbuch – an den Streiks, Demonstrationen und auch Gewaltakten am 17. Juni 1953 und den Folgetagen zeigte unmissverständlich, wie gering der Einfluss der FDJ auf ihr Klientel und wie stark die Ablehnung der SED-Diktatur unter Jugendlichen waren. Hatte die SED-Führung noch 1950 große Erwartungen in die im Unterschied zu den Älteren besondere Gefolgschaft und Mobilisierbarkeit der Jugendlichen gesetzt, so machte der 17. Juni klar, dass es vor allem Jüngere waren, die sich als „politisch unzuverlässig“ zeigten und die Parteidiktatur aktiv ablehnten. Obgleich der Jugendverband diesen Umstand vergleichsweise offen

benannte und zahlreiche kritische Untersuchungen eine Ursache im Kollaps der Jugendarbeit ausmachten, blieben Konsequenzen weitgehend aus. Zwar wurde in FDJ und SED wiederholt betont, eine Reaktivierung der FDJ erfordere u.a. eine zumindest selektive Berücksichtigung jugendlicher Interessen, größere Gestaltungsmöglichkeiten für die Mitglieder und mehr Spielraum für die Gruppen anstelle der permanenten Aufträge und Vorgaben von übergeordneten Leitungen. Diese unverbindlichen Appelle wurden aber konterkariert durch die bald nach dem 17. Juni wieder in altem Stil einsetzenden Aufträge des Parteiregimes an die FDJ, die in dieser Situation weitgehend in Agonie versank.

II. Krisen und Reformversuche

Erst 1956 fanden einige Ansätze von Responsivität und eingehogter Partizipation Aufnahme in ein jugendpolitisches Reformkonzept. Hintergrund war auf der einen Seite ein weiter gestiegener Problemdruck. Zur Dauerkrise der FDJ kam die Massenflucht Jugendlicher aus der DDR in die Bundesrepublik. Der ohnehin überproportionale Anteil der vergleichsweise mobilen Heranwachsenden an der „Republikflucht“, die gleichermaßen von Lebens- und Arbeitsbedingungen in der DDR abgestoßen und von den besseren Verdienst- und Konsumchancen im Westen angezogen wurden, war 1955 wegen erneuter rücksichtsloser Rekrutierungskampagnen für die KVP auf neue Spitzenwerte von über 40 Prozent geklettert. Zugleich war mit dem Wechsel an der Spitze der FDJ von Erich Honecker als treuem Adlatus von Walter Ulbricht zu Karl Namokel der Weg für Neuansätze in der Jugendpolitik frei. Hatte Ulbricht bis dahin alle Reformversuche abgeblockt, so gewann nun dessen späterer Widersacher Karl Schirdewan, in der Parteiführung für Jugendpolitik zuständig, Kontrolle über die FDJ. Der künftige Kurs in der Jugendpolitik wurde zum Konfliktthema in der SED-Spitze.

Ein unter Schirdewans direktem Einfluss entstandenes neues Grundsatzprogramm setzte Anfang Februar 1956 frische Akzente.¹⁵ Flankiert von Kritik an der eigenen bisherigen Arbeit und in vorsichtiger Form auch an der SED, reduzierte die FDJ erklärtermaßen ihren Erziehungsanspruch gegenüber den Mitgliedern. Im Bestreben, die bis dato ausschließlich von oben nach unten gerichtete Kommunikation in der FDJ zu überwinden und mit den Mitglieder überhaupt ins Gespräch zu kommen, kündigte sie an, Jugendforen zu veranstalten, die Raum für einen Dialog bieten sollten, bei dem der Verband sich auch politischen Themen zu stellen versprach. Er versicherte, künftig auch Interessen und Wünsche zum Ausgangspunkt der Arbeit zu machen, selbst wenn sie sich etwa im Freizeitbereich auf bisher strikt verpönte Musik wie amerikanischen

15 Vgl. Entschließung des FDJ-Zentralrats „An euch alle, die ihr jung seid“, 3./4.2.1956, veröffentlicht in: Junge Welt vom 9.2.1956.

Jazz erstrecken sollten. Und der Vorschlag, in Wohngebieten, wo die FDJ im Unterschied zu Betrieben und Bildungseinrichtungen überhaupt nicht mehr präsent war, Jugendausschüsse und in Vereinen Jugendgruppen zu gründen, die sich ebenfalls der Freizeitgestaltung widmen sollten, kratzte sogar vorsichtig am Organisationsmonopol des Verbands.

Das Konzept war unverkennbar ein Versuch, erstmals Elemente von Partizipation und Kommunikation in die Funktionsweise der FDJ zu integrieren und die Interessen der Mitglieder aufzunehmen. Allerdings wäre eine Interpretation als tiefgreifende Neuausrichtung der Jugendpolitik mit dem Ziel, künftig die Jugendlichen selbst über Kurs und Aktivitäten der FDJ bestimmen zu lassen, verfehlt. Denn es handelte sich, wie auch der Initiator Schirdewan intern deutlich machte, um ein taktisch motiviertes Konzept, das darauf gerichtet war, die Voraussetzungen für eine wirksame FDJ-Arbeit überhaupt zu schaffen und damit auf diesem Weg auch gegen die Republikflucht Jugendlicher vorgehen zu können, die weder mit ökonomischen noch mit polizeilichen Mitteln effektiv zu begrenzen war. Auch wenn es unter dieser Maßgabe stand, wies das Konzept durchaus in die Zukunft.

Entstehung und Abbruch des jugendpolitischen Reformansatzes standen im Kontext der Entstalinisierungskrise im Ostblock 1956.¹⁶ Nach der vorsichtigen Abrechnung Chruschtschows mit Stalin auf dem XX. Parteitag der KPdSU wuchs auch in der DDR bald der Mut zur Kritik am Herrschaftssystem. Die überforderten FDJ-Funktionäre wurden bei den vom Verband organisierten Jugendforen schnell von einer Welle unverblümter Kritik an den politischen Verhältnissen in der DDR und am Spitzenpersonal des Regimes überrollt, die „unter allen Schichten der Jugend“ verbreitet war.¹⁷ Unter dem Eindruck des Aufstands in Ungarn mündete diese Kritik in die Erwartung eines baldigen Aufstands und des Sturzes der Diktatur. Das Organisationsmonopol der FDJ wurde offensiv infrage gestellt, und nachdem in Polen die Einheitsjugendorganisation in mehrere Teile zerbrochen war, wurden auch in der DDR die Forderungen nach unabhängigen Organisationen und sogar nach der Auflösung der FDJ immer unduldsamer. Die lautesten Rufe kamen von den Universitäten, an denen der Jugendverband weitgehend als lästige Pflichtveranstaltung galt und wo Studierende begannen, sich selbstständig zu organisieren. Zeitweise kapitulierte die Parteiführung und billigte mit einem Politbürobeschluss die verlangte Einführung eines unabhängigen Studentenrats. Viele FDJ-Leitungen kollabierten in dieser Situation bis zur Kreisebene; wie 1953 stand der Jugendverband kurz vor dem völligen Zusammenbruch.

16 Vgl. zum Kontext die Beiträge in: Roger Engelmann/Thomas Großbölting/Hermann Wentker (Hg.), *Kommunismus in der Krise. Die Entstalinisierung 1956 und die Folgen*, Göttingen 2008.

17 Abt. Verbandsorgane des FDJ-Zentralrats, Informationsbericht über die Auswertung der 12. Zentralratstagung, 19.5.1956 (SAPMO-BArch, DY 24, 4464, ohne Paginierung); vgl. auch Ulrich Mählert/Gerd-Rüdiger Stephan, *Blaue Hemden – Rote Fahnen. Die Geschichte der Freien Deutschen Jugend*, Opladen 1996, S. 114–116.

Erst nach der sowjetischen Militärintervention in Ungarn entschloss sich das Parteiregime zum harten Vorgehen, nahm die zwischenzeitlichen Zugeständnisse zurück und unterdrückte alle Proteste – auch mit der Drohung, die SED-Kampfgruppen gegen Demonstranten einzusetzen. Wenngleich das politische Aufbegehren von Jugendlichen und der Kollaps der FDJ wesentlich dem Aufbruch der Gesellschaft in der Tauwetterkrise, in der scheinbar Schwächen und Risse in den östlichen Diktaturen und deren Herrschaftslegitimation hervortraten, geschuldet war, so stand für die SED-Spitze außer Frage, dass die jugendpolitischen Reformexperimente dafür ursächlich waren. Hier hatte sich nach dieser Auffassung überdeutlich die Gefahr eines Ansatzes gezeigt, der nicht strikt auf „von oben“ definierte Aufgaben und Argumente setzte, sondern Raum für Dialog und für Interessenartikulation schuf, der offensichtlich nicht zu begrenzen und zu beherrschen war, sodass der völlige Zusammenbruch der FDJ nur mit externer Unterstützung verhindert werden konnte.

Angesichts des Scherbenhaufens der Jugendpolitik in der DDR fehlten SED und FDJ jegliche Konzepte zur Überwindung der Krise und für die weitere Entwicklung. Die Redebeiträge bei einer Krisensitzung im Dezember 1956, auf die zu Beginn dieses Textes Bezug genommen wurde, lassen erkennen, dass die Funktionäre praktisch kapituliert hatten und die undifferenzierte Arbeit mit einem Einheitsverband für alle Jugendlichen als kontraproduktiv ansahen. Sie hielten die FDJ nicht mehr für reformierbar und standen einer Auflösung oder Aufspaltung des Verbands in mehrere Organisationen bzw. der Umprofilierung der FDJ zu einem Parteijugendverband der SED keineswegs ablehnend gegenüber. Es bedurfte des energischen Auftretens Karl Schirdewans und seiner nachdrücklichen Warnung vor der dann absehbaren Entstehung neuer, unkontrollierbarer „bürgerlicher“ Jugendverbände, um die Spitzenkader darauf festzulegen, an der Organisationsform des Einheitsjugendverbands festzuhalten. Offen blieb aber zunächst, wie der FDJ wieder Leben eingehaucht werden sollte, nachdem die doktrinäre Jugendpolitik mit politischem und ideologischem Anpassungsdruck und Mobilisierungskampagnen die Organisation in die Isolation geführt und bereits die vorsichtige Reduktion des Führungs- und Erziehungsanspruchs sowie taktisch motivierte Dialogbereitschaft zumindest in der Interpretation konservativer Genossen jugendliche Selbstartikulation, politische Willensbekundung und Protest außer Kontrolle geraten lassen hatten.

Es war Walter Ulbricht, der sich im Zuge der sukzessiven Kaltstellung von Karl Schirdewan die jugendpolitische Führungsrolle wieder gesichert hatte und der FDJ Leitlinien vorgab, die in vielem an die alten Muster anknüpfte. Nach seiner Intervention hatte sich die FDJ 1957 zur „sozialistischen Jugendorganisation“ zu erklären und in einem Grundsatzprogramm den politisch-ideologischen Erziehungsanspruch kaum abgeschwächt zu revitalisieren. Erst von einer organisatorisch und weltanschaulich gesicherten Basis aus sollte sich der Verband dann auch dem Freizeitbereich der Jugendlichen widmen und so seine Anziehungskraft auf die Klientel steigern. Von Dialog und Interessenartikulation war keine Rede mehr; vielmehr postulierte die FDJ, dass die Klientel die Freizeit z. B. mit

Laienspiel und Singen verbringen sollte und diese Fähigkeiten in Agitations- und Kulturgruppen in den Dienst der politischen Sache stellen sollte.¹⁸

Zwar konnte der Zerfall der FDJ ab 1957/58 gestoppt werden, doch war dies weniger Programm und Arbeit des Verbands als primär dem restriktiven politischen Kurs in der DDR nach der Tauwetterkrise geschuldet, in dem abweichendes Verhalten oder gar politischer Protest wieder hart sanktioniert wurde. Der erhoffte Aufschwung, die Ausweitung von Reichweite und Effekt der Arbeit der FDJ, die zu ihrer alten Haltung gegenüber den Jugendlichen zurückkehrte, blieben aber aus. Die Organisation versank in Agonie. Die Defizite der FDJ kamen aber erst dann wieder in die Kritik, als externe Faktoren wie die nach einem vorübergehenden Rückgang 1958/59 wieder stark zunehmende Republikflucht Jugendlicher und die wachsende Anziehungskraft westlicher Jugendkultur auf die ostdeutschen Heranwachsenden, ihren geringen Einfluss demonstrierten. Auch in der DDR wurde der Rock 'n' Roll populär, tauchten „Halbstarke“ mit Lederkluft und Kofferradio im Straßenbild auf, entsprachen neue Tanzstile kaum den Vorstellungen der Etablierten. Oftmals wurde als Ursache des Übels das ungehinderte Eindringen der amerikanischen „Unkultur“ ausgemacht, dem die FDJ nichts entgegenzusetzen habe. Wie 1956 zeichneten in internen Krisensitzungen Funktionäre von SED und FDJ ein ungeschöntes Bild der Lage im Verband, das der FDJ-Spitzenkader Heinz Kimmel mit der Feststellung auf den Punkt brachte, „dass die Jugendlichen die FDJ und die politische Arbeit als ein Grauen ansehen“, weil sie von der ständigen „Gängelei“ in der Organisation abgestoßen würden.¹⁹ Im Februar 1962 veröffentlichte die SED daraufhin ein Jugendkommuniqué als Reformprogramm, das wie schon 1956 verlangte, die FDJ-Arbeit müsse an Interessen und Bedürfnissen der Heranwachsenden anknüpfen, und dabei auch zumindest Toleranz gegenüber neuen Formen der Jugendkultur andeutete. Dies stand aber in unaufgelöstem Widerspruch zur scharfen Abgrenzung gegenüber der „westlichen Lebensweise“. Deutlicher als frühere Programme ging das Kommuniqué auf Differenzierungen in der Zielgruppe „Jugend“ ein.²⁰ Auch dieses Konzept konnte mangels nachhaltiger Umsetzung die FDJ nicht aus der Isolation führen. Es fand ein schnelles Ende, nicht weil die Jugendlichen die scheinbar eingeräumten Spielräume im eigenen Sinn genutzt hätten, sondern weil die SED die FDJ unmittelbar nach dem Mauerbau mit einer Vielzahl von Aufgaben in neue Konfrontationen mit ihrer Klientel trieb und sie damit völlig überlastete.

18 Vgl. Dokumente der 16. Tagung des Zentralrats der FDJ, Berlin am 25. April 1957. Hg. vom Zentralrat der Freien Deutschen Jugend, ohne Ort, ohne Jahr.

19 Protokoll der Sitzung der Jugendkommission des Politbüros vom 29.6.1960 (SAPMO-BArch, DY 30/IV/2/2.111/6, Bl. 1–9).

20 Vgl. Kommuniqué des Politbüros des ZK zu Problemen der Jugend, 7.2.1961. In: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des Zentralkomitees sowie seines Politbüros und seines Sekretariats. Hg. vom Zentralkomitee der SED, Band 8, Berlin (Ost) 1962, S. 367–378 und Mählert/Stephan, Blaue Hemden, S. 134–136.

Der Jugendverband ging in Frontstellung gegen alle Arten westlicher Einflüsse im Freizeitbereich, stieg den Bürgern aufs Dach, um deren Antennen zum Empfang westlicher Fernsehsender zu demontieren, und rekrutierte nach der Grenzabriegelung mit brachialen Methoden Personal für die Nationale Volksarmee, die 1956 aus der KVP hervorgegangen war.²¹ Vor dem Hintergrund der stillen und mancherorts auch offenen Empörung über den Mauerbau und wachsender Versorgungsengpässe im Konsumgütersortiment konnte die FDJ mit diesen Aktionen ihre Attraktivität nicht nur nicht steigern, sondern stieß bei einem Großteil ihrer Zielgruppe auf keineswegs nur versteckte Ablehnung. Dass die Einführung der Wehrpflicht 1962 die FDJ von der fatalen Bürde der Soldatenrekrutierung entlastete, konnte das Blatt allein auch nicht mehr wenden.

Für einen neuerlichen Reformanlauf für die in alter Routine erstarrte FDJ bedurfte es wie in den vorangegangenen Jahren eines Impulses von außen. 1963 waren es ambitionierte wirtschaftspolitische Ziele, die den Anstoß für einen neuerlichen Versuch gaben, die FDJ zu revitalisieren und zugleich das Verhältnis von Regime und Jugend insgesamt zu entkrampfen. Seit der Gründung waren der FDJ Aufgaben in der Ökonomie zugewiesen worden. In der Regel handelte es sich um die Mobilisierung von jungen Arbeitskräften in Mangelsituationen, für besondere Aufgaben in Industriebetrieben oder Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften oder für spezifische Projekte, die aber im Gegensatz zu ihrer Außendarstellung als „Jugendobjekte“ keineswegs primär von Heranwachsenden oder der FDJ verantwortet, gemanagt und bearbeitet wurden. Im Unterschied dazu zielte der neuerliche Vorstoß darauf, das jugendliche Potenzial für Reformen der Planwirtschaft nutzbar zu machen, die unter dem Begriff „Neues Ökonomisches System“ durch modifizierte Leitungsmodelle, Nutzbarmachung neuer wissenschaftlicher Trends und Erkenntnisse sowie innovativer großtechnischer Verfahren rasante Steigerungsraten von Arbeitsproduktivität und Produktion ermöglichen sollten. Um dem Neuen in den Betrieben zum Durchbruch zu verhelfen, war nun der vom Alten unbelastete und kreative Geist von Jugendlichen gefragt, die darum von manchen Zwängen befreit wurden und Raum zur Entwicklung erhalten sollten.

„Der Jugend Vertrauen und Verantwortung“ war dementsprechend programmatisch ein weiteres Jugendkommuniqué des Politbüros betitelt, mit dem die SED-Führung die Heranwachsenden ungewohnt direkt und bei vielen Themen auch weit zeitgemäßer als in der Vergangenheit adressierte.²² Ähnlich wie in

21 Vgl. Marc-Dietrich Ohse, *Jugend nach dem Mauerbau. Anpassung, Protest und Eigensinn (DDR 1961–1974)*, Berlin 2003.

22 Vgl. *Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des Zentralkomitees sowie seines Politbüros und seines Sekretariats*, hg. vom Zentralkomitee der SED, Band 9, Berlin (Ost) 1965, S. 679–710 und Mählert/Stephan, *Blaue Hemden*, S. 15–154; Christian Sachse, *Die Jugendpolitik der SED Anfang der sechziger Jahre. Zur historischen Einordnung der Jugendkommunikés*. In: *Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat*, 19 (2006), S. 27–40.

älteren Reformprogrammen wurden „Bürokratie“ und „Gängelei“ gegenüber jungen Menschen in der FDJ und in der Gesellschaft als Ursachen für die Akzeptanzkrise der FDJ, aber auch erstmals für Konflikte zwischen den Generationen kritisiert. Es sei falsch, die Heranwachsenden an vorgegebene Normen anzupassen, ohne ihnen Möglichkeiten zur Selbstentfaltung, Bildung und Weiterentwicklung zu anzubieten. Das Parteidokument postulierte ausdrücklich Toleranz gegenüber unterschiedlichen Tanz-, Musik- und Kleidungsstilen, setzte aber ebenso deutlich ein Stoppschild vor die „westliche Unkultur“. Künftige Jugendarbeit sollte zwar Interessen und Wünsche von Jugendlichen aufgreifen, ihnen aber offenkundig auch Grenzen setzen. Bei aller Aufforderung zum „eigenen Denken“ beharrte die Parteiführung auf dem politischen Bekenntnis zum Sozialismus in der DDR. Insofern ließ das Kommuniqué in einigen potenziellen Konfliktpunkten Interpretationsspielraum. Eindeutig war hingegen die Zielrichtung, mit den avisierten Spielräumen und einem entspannteren Umgang Voraussetzungen für das Engagement von motivierten, gut ausgebildeten und kreativen Heranwachsenden in der Wirtschaft zu schaffen.

Der vergleichsweise ungezwungene Umgangston und die zumindest tendenzielle Hinwendung zu den Bedürfnissen der Zielgruppe im Freizeitbereich belebte stellenweise die FDJ und die Jugendarbeit, was nach außen seinen Ausdruck in der lockeren Atmosphäre beim „Deutschlandtreffen der Jugend“ 1964 fand, das politische Demonstration und jungendliches Kulturfestival vereinte. Die Heranwachsenden beriefen sich auf die neuen Freiheiten in Kunst und Kultur, und im allgemeinen kulturellen Aufbruch dieser Jahre entwickelte sich rasch eine lebendige Musikszene mit Bands und Fans, die sich in Musikstilen und Habitus an westlichen Vorbildern orientierten.²³ Mit Jeans und langen Haaren, Rolling Stones und Beatles hatten sie die offizielle Toleranzbereitschaft aber bald ausgereizt. Als die Jugendlichen die zugestandenen Spielräume im eigenen Sinn nutzten und sich mit der Jugendkultur und dem Lebensgefühl aus dem Westen auch die Forderung nach individueller und gesellschaftlicher Freiheit in der DDR breitzumachen schien, sah das Regime die Grenze überschritten. Fanal für das Ende der kurzen Phase der Toleranz war der von Erich Loest literarisch verarbeitete, gewaltsame Polizeieinsatz gegen die später sogenannte Beat-Demonstration auf dem Leipziger Wilhelm-Leuschner-Platz im Oktober 1965. Aus Sicht der konservativen Kräfte in der SED-Führung hatte sich erneut gezeigt, dass alle Ansätze, den Jugendlichen nicht primär mit Vorgaben „von oben“ gegenüberzutreten, sondern sie zu wenn auch begrenzter Selbstständigkeit zu ermuntern, politisch unkontrollierbar wurden. Der Abbruch der jugendpolitischen Tauwetterphase folgte allerdings nur teilweise aus dieser Interpretation. Als das berückichtigte Kahlschlagplenum im Dezember 1965 der produktiven Aufbruchstimmung in der Kultur der DDR und insbesondere deren Auseinandersetzung mit aktuel-

23 Vgl. Michael Rauhut, *Beat in der Grauzone. DDR-Rock 1964–1972. Politik und Alltag*, Berlin 1993.

len westlichen Trends den Kampf ansagte und dogmatisch-politische Kriterien in den Vordergrund schob, war auch das Schicksal des Reformansatzes von 1963 besiegelt. Er galt nunmehr als Entstellung, die korrigiert werden müsse. Im Einklang mit der Meinung eines großen Teils der älteren Bevölkerung wurde die Beat- und Rockszene diffus als „asozial“ stigmatisiert und die westlich inspirierte Jugendkultur latent unter den Verdacht politischer Abweichung gestellt. Statt Toleranz gegenüber individueller Selbstentfaltung zu üben, griff die FDJ zuweilen zu rabiatischen Methoden bei der Durchsetzung bürgerlicher Vorstellungen von Ordnung und Sauberkeit und ließ als „Gammler“ diffamierten Rockfans zwangsweise von Mitschülern einen Kurzhaarschnitt verpassen.²⁴

III. Späte Arrangements

1965 fand die letzte der großen Wellenbewegungen mit dem typischen Ablaufmuster von jugendpolitischen Reformprogrammen, eigendynamischen und schwer steuerbaren Prozessen in der Praxis und dem Abbruch aus der Sorge vor Kontrollverlust ihr Ende. Impulse für die jeweiligen mehr oder weniger weitreichenden Neuansätze waren nur begrenzt eine Reaktion auf die über lange Zeiträume krisenhafte Entwicklung der FDJ, sondern oft durch Problemlagen außerhalb der Jugendpolitik im engeren Sinn motiviert, wie etwa die Republikflucht Jugendlicher oder später dem Ziel, das jugendliche Potenzial für die Wirtschaftsreform nutzbar zu machen. Alle Neuansätze hatten aber mit dem Problem zu kämpfen, dass die FDJ mit ihrer nach SED-Vorgaben von oben gesteuerten Arbeit bei großen Teilen der Zielgruppe unpopulär war und ihr der Einfluss auf die Jugend fehlte, der unverzichtbar war, um die anvisierten Ziele zu erreichen. Jeder Reformanlauf war daher vom Versuch begleitet, die Attraktivität der FDJ zu steigern und ihr so Masseneinfluss zu verschaffen. Dabei hatte sich schon frühzeitig die Erkenntnis durchgesetzt, dass Jugendpolitik auch in der Diktatur nicht unabhängig von Belangen und Interessen der Zielgruppe war. Die passive Macht der Gesellschaft zwang das Regime auch in diesem Segment zu einer zwar selektiven, aber dennoch responsiven Berücksichtigung von Interessen Jugendlicher. Auch wenn die Machtverhältnisse zwischen Herrschaft und Gesellschaft höchst asymmetrisch waren und die Sensibilität des Regimes von der jeweiligen zeit- und kontextabhängigen Interpretation des Primus des eigenen Machterhalts abhing, kam die SED-Führung nicht umhin, Bedürfnissen der Jugendbevölkerung Rechnung zu tragen.²⁵ Mit den unterschiedlich motivierten

24 Vgl. Mählert/Stephan, *Blaue Fahnen*, S. 165 f.

25 Vgl. Peter Skyba, *Massenorganisation ohne Massen. Jugendpolitik, Militarisierung und das Scheitern der FDJ*. In: Dierk Hoffmann/Michael Schwartz/Hermann Wentker (Hg.), *Vor dem Mauerbau. Politik und Gesellschaft in der DDR der fünfziger Jahre*, München 2003, S. 235–263, bes. 235 f.

Anläufen, die FDJ für ihre Klientel attraktiver zu machen, denen ebenso wenig Erfolg beschieden war wie den Versuchen, die Masse der Jugendlichen systematisch zu indoktrinieren oder sie für Projekte der SED in Stellung zu bringen, etablierten sich in der Jugendpolitik sukzessive Arrangements im Regime sowie zwischen Regime und Jugendbevölkerung, die in Variationen bis zum Ende der DDR Bestand hatten.

Das SED-Regime musste sich bereits in den 1950er-Jahren von der Illusion verabschieden, praktisch die gesamte Jugend ihrer politischen und ideologischen Indoktrination zugänglich zu machen. Nach dem Scheitern der ambitionierten Versuche vom Beginn der 1950er-Jahre, praktisch alle FDJ-Mitglieder oder sogar die gesamte Jugendbevölkerung ideologisch und politisch zu schulen, hatte sich allmählich die Erkenntnis durchgesetzt, dass die FDJ überhaupt nicht in der Lage war, eine derartige Kampagne dauerhaft in die Breite zu tragen, und große Teile der Mitgliedschaft keineswegs bereit waren, sich daran zu beteiligen, stattdessen dem politischen Druck auswichen und sich von der Organisation zurückzogen. Um Motivation für das Engagement in der FDJ und für die Teilnahme an politischer Schulung zu generieren, bedurfte es externer Anreize. Der Bildungsweg und die berufliche Karriere hingen bereits in den 1950er-Jahren von der aktiven Beteiligung zumindest an einigen Aktivitäten der FDJ wie der politischen Schulung im sogenannten Studienjahr späterer Jahre ab, während deren Verweigerung in Schule und Beruf sanktioniert wurde. Bereits 1961 wurde in der SED-Spitze der Sachverhalt problematisiert, dass damit nicht politische Überzeugung sondern Anpassung erzeugt wurde. Der spätere SED-Chefideologe, Kurt Hager, sprach im Politbüro diesen Aspekt der Schwäche der FDJ und der kontraproduktiven Wirkung des Anpassungsdrucks ebenso nüchtern wie – im Kontrast zu den öffentlichen Bekundungen der Partei – fast zynisch an: „Wenn heute einer studieren will, muss er Mitglied der FDJ sein, sonst kommt er nicht durch. Wenn du nicht in der FDJ bist, dann hast du keine beruflichen Chancen. Das führt aber dazu, dass es bei bestimmten Schichten einen Greuel gegen die FDJ gibt [...]. Die FDJ ist eine formale Sache. Sie bekennen sich zur FDJ aus Zweckmäßigkeitgründen, weil ihnen das nützt, sonst haben sie kein Interesse an der FDJ.“²⁶ Die Satirezeitschrift „Eulenspiegel“ druckte 1964 unter einer Zeichnung zweier sich unterhaltender junger Frauen: „Nächste Woche kann mir die FDJ den Buckel runterrutschen. Wieso, wirst du dann 25? Nein, aber dann habe ich mein Staatsexamen in der Tasche.“²⁷

Scheinbar augenzwinkernd wurde hier öffentlich der Zwang aufs Korn genommen, für Bildung und Karriere Anpassung durch Engagement in der FDJ oder durch Beteiligung an deren politischen Schulungen im „Studienjahr“ zu beweisen. Bis 1989 blieben aber Jugendlichen, die etwa aus religiösen oder po-

26 Protokoll der Politbürositzung vom 10.1.1961 (SAPMO-BArch, DY 30/J IV/2/2/744).

27 Abgedruckt bei Mählert/Stephan, Blaue Fahnen, S. 160.

litischen Gründen diese Anpassung verweigerten, Bildungs- und Berufschancen vielfach vorenthalten. Zugleich konnten sich große Teile der Jugendbevölkerung, die keine ambitionierten Berufsziele verfolgten, Aktivitäten in der FDJ und systematischer Indoktrination oftmals entziehen.

Wie weit sich die FDJ den Präferenzen ihrer Zielgruppe anpasste und dabei alte Positionen räumte, zeigt sich exemplarisch an ihrem Umgang mit Pop und Rock aus dem Westen. Hatte die FDJ in ihrer Frühzeit keineswegs erfolglos versucht, Freizeitangebote mit volkstümlichem Liedgut zu füllen, so fiel in den 1950er-Jahren wegen der Belastung durch andere Aufgaben die aktive Gestaltung musikalischer Veranstaltungen mit selbst definierten Inhalten weitgehend unter den Tisch. Stattdessen nahm der Verband einen zeitweise aggressiven Kampf gegen zeitgenössische Musikstile und die daran orientierten Jugendkulturen des Westens auf – zunächst den Jazz, später westliche Schlager und Rock 'n' Roll und Beat der 1950er- und 1960er Jahre. Reformprogramme versuchten wiederholt, diese Frontstellung abzubauen und durch Offenheit und Toleranz die FDJ moderner und attraktiver zu machen, wurden aber spätestens dann abgebrochen, wenn die Jugendkulturen nach westlichem Vorbild eine kaum integrier- und kontrollierbare Eigendynamik entwickelten. Die von der FDJ gegen den westlichen Pop und Rock aufgebaute „Singebewegung“ mit Anklängen an amerikanische Folkmusic und politischem Textrepertoire fristete ihre Existenz am Rand der Jugendkulturen in der DDR. Ungeachtet der kulturpolitischen Kurswechsel passte sich die FDJ ab den 1970er-Jahren den Vorlieben ihrer Klientel für Pop aus dem Westen an. Bei den Diskoabenden des Jugendverbands konnte zu westlichem Pop getanzt werden, auch wenn über deren Anteil am Liedgut heftig gestritten wurde. Und in den 1980er-Jahren veranstaltete die FDJ unter erheblichem Einsatz knapper Devisen Konzerte mit Größen des Pop und Rock aus der Bundesrepublik, Großbritannien und den USA – sofern nicht – wie bei Udo Lindenberg – Befürchtungen wegen politischer Ansteckungsgefahr aufkamen. Längst war der Anspruch fallen gelassen worden, Heranwachsende mittels eines attraktiven Freizeitangebots zum Engagement zu motivieren, jetzt ging es lediglich darum, die kulturelle Westwanderung und den Unmut der Klientel in Grenzen zu halten und so ein Mindestmaß an Integration der Jugend in der DDR zu sichern.

